

Sachsens LINKE hilft mit bei der Volksinitiative für längeres gemeinsames Lernen!

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 19. Januar 2018

Beschluss:

Der Landesvorstand möge beschließen:

1. Die Partei DIE LINKE. Sachsen unterstützt den Verein „Gemeinsam länger lernen in Sachsen. Eine Initiative zur Änderung des Schulgesetzes“ finanziell, personell und organisatorisch bei der Vorbereitung und Durchführung eines Volksantrages und eines Volksbegehrens zum längeren gemeinsamen Lernen in Sachsen. Konkrete finanzielle und personelle Anforderungen bedürfen eines separaten Beschlusses.
2. Zu diesem Zweck schließt die Partei eine Kooperationsvereinbarung mit dem unter Punkt 1. aufgeführten Verein ab und ruft ihre Strukturen auf, sich kreativ und kraftvoll an der öffentlichen Debatte sowie an den Unterschriftensammlungen zu beteiligen.
3. Der Landesvorstand begrüßt und unterstützt die aus der Bevölkerung kommende Initiative, nach dem Vorbild des Nachbarlandes Thüringen einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem flächendeckenden längeren gemeinsamen Lernen bis mindestens zur Klasse 8 in Sachsen zu unternehmen, und zwar in Form des sogenannten Optionsmodells, bei dem die Schulen selbst über die Einführung einer Gemeinschaftsschulen entscheiden. Dazu wird das Einvernehmen mit dem Schulträger (z. B. der Gemeinde) hergestellt, das Kultusministerium ist an das Votum der Experten vor Ort gebunden.
4. Der Landesvorstand nimmt zur Kenntnis, dass ausweislich einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung eine klare Mehrheit der sächsischen Bevölkerung über die Parteigrenzen hinweg das vom unter Punkt 1. benannten Verein vorgebrachte Anliegen unterstützt und ferner, dass im rot-rot-grün regierten Thüringen bereits positive Erfahrungen bei der Umsetzung dieses Vorschlages gemacht werden.

Begründung:

Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger hat die Bildungspolitik für die Verbesserung der Lebensverhältnisse einen besonders hohen Stellenwert. Gleichzeitig ist das Versagen der CDU in diesem Bereich besonders groß und im unmittelbaren Lebensumfeld spürbar.

Im internationalen Vergleich weist das Schulwesen in Sachsen ein erhebliches Modernisierungsdefizit auf: Andere Staaten

haben das gegliederte Schulwesen längst durch „integrierte Systeme“ ersetzt. Die meisten Staaten arbeiten erst ab der Sekundarstufe II mit Formen der äußeren Differenzierung. Sie schneiden deswegen in internationalen Vergleichsstudien weit aus besser ab.

DIE LINKE tritt seit Jahr und Tag für das längere gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen in einer „Schule für alle“ ein. Mit dem längeren gemeinsamen Lernen beseitigen wir die strukturelle Diskriminierung, die mit der frühzeitigen Aufteilung auf unterschiedliche Schularten verbunden ist.

Die Beteiligung an diesem aussichtsreichen und durch ein breites Bündnis getragenen Vorstoß im Rahmen der Volksgesetzgebung stellt ein attraktives und aktivierendes Projekt dar, mit dem zugleich die seit vielen Jahren anhaltende sächsische Lethargie in Sachen direkter Demokratie durchbrochen werden könnte.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Finanzen:

Den Beschluss sollen erhalten:

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 19. Januar 2018



Thomas Dudzak - Landesgeschäftsführer